

- 1.2.1. Zahl der Vollgeschosse (§ 16 Abs. 2 Ziffer 3 BauNVO)
- Die Zahl der Vollgeschosse wird im Geltungsbereich der 2. Änderung der Bebaungsplanes mit maximal 3 festgesetzt; zur Definition der Vollgeschosse gilt §
- 2 Abs. 4 LBauO
- 1.2.2. Firsthöhe baulicher Anlage (§ 16 Abs. 2 Ziffer 4 BauNVO) Die Firsthöhe darf 12 m - gemessen vom höchsten angrenzenden Gelände - nicht überschreiten.
- 1.3. NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN (§ 9 (1) Ziff. 2 BauGB, § 23 BauNVO)
- Garagen (§ 12 BauNVO) sowie Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne von § 14 BauNVO sind nach § 23 Abs. 5 BauNVO nur innerhalb der durch Baugrenzen festgesetzten überbaubaren Grund-stücksflächen zulässig. Dies gilt nicht für untergeordnete Nebenanlagen wie Stützmauern, Treppen und
- 1.4. STAURAUM GARAGEN (§ 9 (1) Ziff. 4 BauGB)
- Vor Garagen ist ein Stauraum von mindestens 5,00 m freizuhalten, dieser ist kein notweniger Stellplatz im Sinne des § 47 LBauO.
- 1.5. FLÄCHEN, DIE VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTEN SIND (§ 9 (1) Ziff. 24 BauGB)
- Im Bereich der in der Planurkunde dargestellten Sichtfelder sind Anpflanzungen und sichtbehindernde Anlagen über 0,80 m Höhe nicht zulässig.
- 1.6. HÖHENLAGE DER BAUKÖRPER (§ 9 (3) Satz 1 BauGB)
- Die Erdgeschossfußbodenoberkante darf bei bergseitiger Erschließung sowie bei Gelände und Verkehrsflächengleichheit 0 m bis 0,50 m über höchster
- Gehweg- bzw. Straßenoberkante hinausragen. Bei talseitiger Erschließung darf die Erdgeschossfußbodenoberkante nicht mehr als 0,50 m über höchstem bergseitig angrenzendem natürlichen Gelände hinausragen.

2. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 88 LBauO)

- Bei der Gestaltung der Außenflächen der Gebäude sind großflächige und blanke Elemente sowie grell-bunte Farben zu vermeiden.
- Im räumlichen Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes ist die Dachform freigestellt.
- Geneigte Dächer sind nur mit einer Neigung bis maximal 30° zulässig.
- Einfriedungen der Grundstücke sind im Bereich zwischen der Straßenbegrenzungslinie und der vorderer Baugrenze nur mit einer maximalen Höhe von 1,80 m zulässig. Hierbei sollen vorwiegend winterharte Hecken verwandt werden.

Nachstehende Arten können verwendet werden, wobei mindestens eine Art der Bäume 1. Ordnung und zwei Bäume der 2. Ordnung in die Pflanzung mit

Bäume I. Ordnung: Betula pendula - Birke, Quercus petrea - Traubeneiche, Quercus robur - Stieleiche, Fagus sylvatica - Buche

Bäume II. Ordnung: Acer campreste - Feldahorn, Sorbus aucuparia - Eberesche, Betula pubecens - Moorbirke, Alnus glutinosa - Schwarzerle, Alnus

Ligustrum vulgare - Gemeiner Liguster, Amelanchier ovalis - Gemeine Felsenbirne, Cotoneaster tomentosa - Filzige Zwergmispel, Sträucher:

Virburnum lantana - Wolliger Schneeball, Rosa canina - Hundsrose, Rubus fruticosus - Brombeere

Nadelgehölze, insbesondere Thuja- und Lebensbaum, Zeder und Wacholderarten dürfen im Bereich der Pflanzempfehlung nicht verwendet werden.

3.2. GESTALTUNG DER NICHT ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN

Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind mit Ausnahme der Einfahrten, Stellflächen, Zugänge und Lagerflächen als Grün- und Pflanzflächen anzulegen und zu unterhalten.

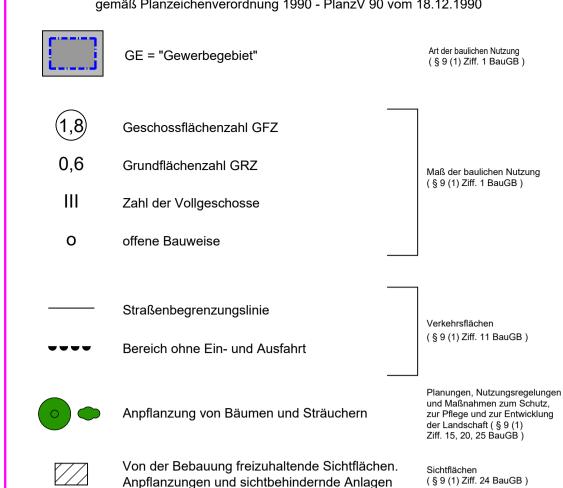
4. Hinweise

DENKMALSCHUTZ

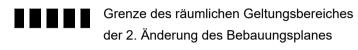
Der Baubeginn der Erdarbeiten ist 3 Wochen vorher, der Generaldirektion Kulturelles Erbe, Direktion Archäologie, Außenstelle Koblenz, 56077 Koblenz, Tel. 0261/6675-3000, sowie der Generaldirektion Kulturelles Erbe, Direktion Archäologie, Erdgeschichte, 55116 Mainz, Tel. 06131/2016-400 anzuzeigen. Die eingesetzten Firmen sind entsprechend zu belehren; etwaige zutage kommende archäologische Funde unterliegen gemäß § 16-21 Denkmalschutzgesetz Rheinland-Pfalz der unverzüglichen mündlichen oder schriftlichen Meldepflicht.

ZEICHENERKLÄRUNG

gemäß Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90 vom 18.12.1990



Sonstige Planzeichen



über 0,80 m Höhe sind nicht zulässig.

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des ursprünglichen Bebauungsplanes

(§ 9 (7) BauGB)

Sonstige Darstellungen

bestehende Grundstücksgrenzen

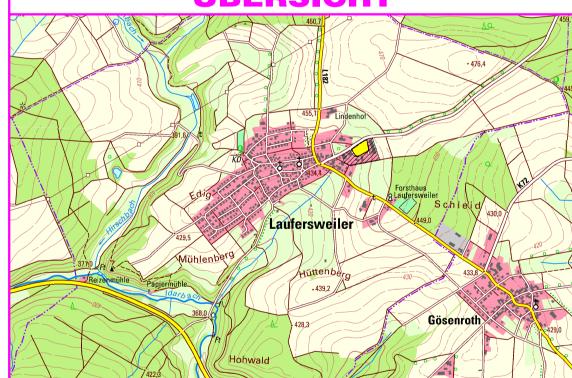
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung aus Kataster

Baugrenze

NUTZUNGSSCHABLONE

Baugebiet	Zahl der Vollgeschosse
GE	III
Grundflächenzahl	Geschossflächenzahl
0,6	1,8
Bauweise	Dachform
0	freigestellt

ÜBERSICHT



RECHTSGRUNDLAGEN

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBI
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBI. I S. 132), die zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Plan-zeichenverordnung - PlanzV) vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBI. I S. 1057).
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigung, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BlmSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBI. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S. 2771)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBI. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.09.2017 (BGBI. I S. 3370)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz -BNatSchG) in der Fassung vom 29.07.2009 (BGBI. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.09.2017 (BGBI. I S. 3434)
- Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) in der Fassung vom 24.11.1998 (GVBI. S. 365), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.06.2015 (GVBI. S. 77) Landesnaturschutzgesetz(LNatSchG) vom 06.10.2015 (GVBI. S. 283) zuletzt geändert
- durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21.12.2016 (GVBl. S. 583) Landeswassergesetz (LWG) vom 14.07.2015 (GVBI. S. 127), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 19.12.2018 (GVBI. S. 469)
- 10. Landesstraßengesetz (LStrG) in der Fassung vom 01.08.1977 (GVBI. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.05.2018 (GVBI. S. 92) Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 23.03.1978 (GVBI. S. 159), zuletzt geändert durch
- Art. 3 des Gesetzes vom 03.12.2014 (GVBI. S. 245) 12. Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBI. S. 153), zuletzt geändert durch Art. 37 des Gesetzes vom 19.12.2018 (GVBI. S. 448)

VERFAHRENSVERMERKE

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS Der Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Laufersweiler hat am

gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die 2. Änderung des

Bebauungsplanes "In der großen Kohlwies" beschlossen

55487 Laufersweiler, den ORTSGEMEINDE LAUFERSWEILER

(Rudi Schneider) Ortsbürgermeister

2. BETEILIGUNGSVERFAHREN

a) Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes "In der großen Kohlwies" wurde am ___.__ vom Ortsgemeinderat gebilligt. Für die Planänderung wurde ein beschleunigtes Verfahren nach § 13 BauGB festgelegt.

55487 Laufersweiler, den

ORTSGEMEINDE LAUFERSWEILER

(Rudi Schneider) Ortsbürgermeister

(Siegel)

ÜBEREINSTIMMUNGSVERMERK

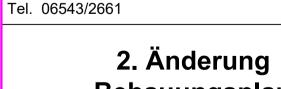
Die vorliegende Planfassung stellt die vom Ortsgemeinderat Laufersweiler beschlossene Entwurfsfassung der 2. Änderung des Bebauungsplanes "In der großen Kohlwies" dar, mit der die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt werden soll.

55487 Laufersweiler, den ORTSGEMEINDE LAUFERSWEILER

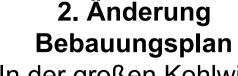
(Rudi Schneider) Ortsbürgermeister

Datum Jakoby + Schreiner J 28.10.2019 KJ Ingenieurbüro für Bauwesen Beratende Ingenieure gezeichnet 28.10.2019 KJ Simmerner Straße 18, 55481 Kirchberg, Tel. 06763/4033, Fax 4039 28.10.2019 KJ

Ortsgemeinde Laufersweiler Provinzialstraße 4



55487 Laufersweiler



"In der großen Kohlwies" Ortsgemeinde Laufersweiler

CAD-Name: L51BEB Lageplan Maßstab: 1:500 Datum Name

0,50 gm

Blatt Nr.:

Plangröße:

Art der Änderung gepr.

